

Zusammen mit dem Initianten befürwortet es eine Untersuchung der Abläufe. Darin sind wir uns einig, Herr Cuche. Das Büro geht aber davon aus, dass die Prüfung von einer parlamentarischen Kontrollkommission der eidgenössischen Räte vorgenommen werden muss. Das Büro hat daher den Geschäftsprüfungskommissionen bereits im November 2001 den Vorschlag unterbreitet, eine Inspektion zu den vom Initianten aufgeworfenen Fragen durchzuführen. Die Geschäftsprüfungskommissionen haben dies ins Jahresprogramm aufgenommen. Sie beschlossen jedoch, den Entscheid vom Ausgang der immer noch hängigen Schadenersatzklage abhängig zu machen. Die Inspektion wird daher erst nach Vorliegen des entsprechenden Entscheides geprüft. Ob sie eingeleitet wird, hängt also wesentlich vom materiellen Entscheid in dieser Frage ab.

Jetzt haben wir aber ein Problem wegen der Fristen. Eine vorberatende Kommission – in diesem Fall ist es das Büro – hat bei Parlamentarischen Initiativen dem Rat spätestens für die dritte, auf die Zuweisung folgende ordentliche Session Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen. Diese Frist läuft im konkreten Fall der Parlamentarischen Initiative Cuche heute ab. Das Büro, das ursprünglich die Resultate der Inspektion durch die Geschäftsprüfungskommissionen abwarten wollte, um über das weitere Vorgehen zu entscheiden, beantragt daher, der Parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben. Die Kontrolle wird durch die Geschäftsprüfungskommissionen durchgeführt, aber erst, wenn der Gerichtsentscheid vorliegt. Deshalb beantragt Ihnen das Büro mit 9 zu 0 Stimmen, dieser Parlamentarische Initiative keine Folge zu geben. Vier Mitglieder des Büros haben sich der Stimme enthalten.

Aus diesen Gründen der Frist und weil sich bereits die Geschäftsprüfungskommissionen dieses Geschäftes angenommen haben – und nicht aus materiellen Gründen – bitte ich Sie, dieser Parlamentarischen Initiative Cuche keine Folge zu geben.

#### *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 01.427/2542)

Für Folgegeben .... 80 Stimmen

Dagegen .... 84 Stimmen

02.002

### **Delegation bei der Interparlamentarischen Union. Bericht 2001**

### **Délégation auprès de l'Union interparlementaire. Rapport 2001**

#### *Zweitrat – Deuxième Conseil*

Bericht IPU-Delegation 31.12.01

Rapport Délégation UIP 31.12.01

Ständerat/Conseil des Etats 13.06.02 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 21.06.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

#### *Antrag der Kommission*

Vom Bericht Kenntnis nehmen

Proposition de la commission

Prendre acte du rapport

#### *Angenommen – Adopté*

99.451

### **Parlamentarische Initiative von Felten Margrith. Zwangssterilisationen. Entschädigung für Opfer Initiative parlementaire von Felten Margrith. Stérilisations forcées. Dédommagement des victimes**

#### *Frist – Délai*

Einreichungsdatum 05.10.99

Date de dépôt 05.10.99

Bericht RK-NR 31.01.00

Rapport CAJ-CN 31.01.00

Nationalrat/Conseil national 24.03.00 (Erste Phase – Première étape)

Bericht RK-NR 23.04.02

Rapport CAJ-CN 23.04.02

Nationalrat/Conseil national 21.06.02 (Frist – Délai)

**La présidente** (Maury Pasquier Liliane, présidente): Conformément à l'article 21quater alinéa 5 LREC, la commission propose de proroger le délai imparti à l'élaboration du projet législatif jusqu'à la session d'été 2004.

#### *Angenommen – Adopté*

99.430

### **Parlamentarische Initiative Gross Andreas. Abstimmungskampagnen. Offenlegung höherer Beiträge Initiative parlementaire Gross Andreas. Campagnes de votation. Publication des montants de soutien importants**

#### *Frist – Délai*

Einreichungsdatum 18.06.99

Date de dépôt 18.06.99

Bericht SPK-NR 03.12.99

Rapport CIP-CN 03.12.99

Nationalrat/Conseil national 23.03.00 (Erste Phase – Première étape)

Bericht SPK-NR 30.05.02

Rapport CIP-CN 30.05.02

Nationalrat/Conseil national 21.06.02 (Frist – Délai)

#### *Antrag der Kommission*

Die Kommission beantragt mit 9 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung:

*Mehrheit*

Verlängerung der Frist bis zur Sommersession 2004

*Minderheit*

(Scherer Marcel, Engelberger, Lalive d'Epinay, Schibli, Tschuppert, Vallender, Weyeneth)

Abschreiben der Initiative

#### *Proposition de la commission*

La commission propose, par 9 voix contre 7 et avec 1 abstention:

*Majorité*

Proroger le délai jusqu'à la session d'été 2004

*Minorité*

(Scherer Marcel, Engelberger, Lalive d'Epinay, Schibli, Tschuppert, Vallender, Weyeneth)  
Classer l'initiative

**Scherer Marcel** (V, ZG): Die Kommissionsminderheit beantragt, keine Fristverlängerung zu gewähren.

Zum Materiellen: Die Parlamentarische Initiative Gross Andreas verlangt – dies zur Erinnerung –, dass die Quellen höherer finanzieller Beiträge an Abstimmungskampagnen zu Volksinitiativen der Bundeskanzlei gemeldet und veröffentlicht werden. In der Begründung seiner Initiative sagt Herr Gross dann auch wirklich, was er meint. Es soll nämlich nicht nur gemeldet und veröffentlicht werden, sondern: «Wer warum wieviel in einem Abstimmungskampf für eine Position investiert, ist für die Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger sowie für die Transparenz der demokratischen Auseinandersetzung von zentraler Bedeutung.»

Wie nahm das Geschäft seinen Lauf? Auf Antrag der SPK – ich verweise auf den Bericht vom 3. Dezember 1999 – gab der Nationalrat am 23. März 2000 der Initiative knapp mit 70 zu 63 Stimmen Folge. Die SPK wurde in der Folge vom Büro beauftragt, innerhalb von zwei Jahren, d. h. bis zur Sommersession 2002, eine Vorlage auszuarbeiten. Die SPK beauftragte in der Folge eine Subkommission mit der Ausarbeitung einer Vorlage. Nach der Begründung von Herrn Gross Andreas, wonach dieses Vorgehen in anderen demokratischen Kulturen üblich sei, hörte die Subkommission einen Experten aus Amerika an. Es stellte sich jedoch heraus, dass solche Regelungen nicht ohne weiteres für die Schweiz übernommen werden können.

Daraufhin beauftragte die Subkommission die Bundeskanzlei, ein Anreizmodell auszuarbeiten. Nach Rücksprache mit der Finanzverwaltung wurde wiederum davon abgeraten. Die Subkommission sah sich nun veranlasst, neue Vorschläge auszuarbeiten, und sie arbeitet heute noch daran.

Sie sehen, wie solche Vorstösse manchmal wie heisse Kartoffeln von einem Amt zum anderen, von einer Kommission zur anderen gereicht werden und nichts bringen – ausser ungebührende Aufwände und Kosten für Verwaltung und Parlament. Seit über drei Jahren ist dieses Thema nun auf unseren Tischen, ohne dass auch nur ein konkreter Lösungsansatz vorliegen würde. Jetzt wird beantragt, dieses Anliegen noch weiter auf der Pendenzenliste mitlaufen zu lassen; nach weiteren zwei Jahren wird man wieder feststellen können: Ausser Spesen nichts gewesen.

Ich bitte Sie, dem Antrag auf Fristverlängerung nicht zuzustimmen und damit diese Parlamentarische Initiative, der vor zwei Jahren mit einem Zufallsmehr Folge gegeben wurde, abzuschreiben.

**Aeppli Wartmann Regine** (S, ZH), für die Kommission: Es ist kein gutes Zeichen, wenn die Frage einer Fristverlängerung zu einer Streitfrage im Plenum wird. Es drängt sich die Vermutung auf, dass diese Streitfrage stellvertretend für die Differenzen in der Sache selber steht. Wie wir soeben gehört haben, ist diese Vermutung zutreffend. Die Minderheit, die beantragt, dass der Parlamentarischen Initiative Gross Andreas keine Fristverlängerung gewährt wird, tut dies hauptsächlich aus materiellen Gründen. Die Mehrheit der Kommission findet eine solche Beerdigung unschicklich. Es ist ja auch nicht so, dass die Herkunft von Geldern in Abstimmungskampagnen plötzlich kein Thema mehr wäre – im Gegenteil. Bloss sind wir bei der Erörterung der Möglichkeiten, mehr Transparenz in dieses Kapitel zu bringen, auf praktische Probleme bei der Umsetzung und auf problematische Konsequenzen in der Praxis gestossen. Nun ist dies aber in diesem Haus kein neues Phänomen, und wenn wir ein politisches Ziel vor Augen haben, lassen wir uns in der Regel nicht von Schwierigkeiten bei der Umsetzung abschrecken. Wenn nun diejenigen, die gegenüber diesem Ziel skeptisch sind, die Erreichung desselben mitten im Prozess mit formellen Mitteln zu vereiteln trachten, dann muss ihnen zumindest entgegengehalten werden, dass man Andersden-

kende nicht bekämpfen sollte, indem man sie am Denken hindert – wie mein Kollege Andreas Gross sagt –, sondern indem man wartet, bis sie zu Ende gedacht haben, um sie dann mit besseren Argumenten zu schlagen.

Was ist in dieser Sache gelaufen, dass eine Kommissionsminderheit zu solchen Mitteln greift? Im März 2000 wurde der Initiative von diesem Rat Folge gegeben, und sie wurde der SPK zur Ausarbeitung einer konkreten Vorlage zugewiesen. Diese teilte das Geschäft der bereits bestehenden Subkommission Medien und Demokratie zu, welche einerseits mit der Erarbeitung eines Verfassungsartikels zur Gewährleistung der Vielfalt der Medien und andererseits mit der Ausarbeitung einer Vorlage zur Parlamentarischen Initiative Stamm Judith (99.427) befasst ist.

Die Initiative von Judith Stamm verlangte eine Anrufinstanz bei Abstimmungskampagnen. Wir haben dieses Geschäft Anfang dieser Session behandelt und leider abgewiesen.

Die Subkommission Medien und Demokratie tagte seit ihrer Einsetzung im Jahre 2000 insgesamt 17 Mal. Mit der Parlamentarischen Initiative Gross Andreas befasste sie sich lediglich an vier Sitzungen. An der ersten Sitzung hörten wir einen Experten an, der allerdings nicht – wie Herr Scherer Marcel behauptet hat – aus den USA kam, sondern ein Schweizer Professor ist, der Experte für amerikanische Demokratie ist. An der zweiten Sitzung wurden uns vonseiten des Präsidiums und des Kommissionssekretariates ein Fragenkatalog und Modellvorschläge unterbreitet. Die Diskussion fokussierte sich in der Folge auf Fragen rund um die Steuerabzugsfähigkeit von Kampagnenspenden. An der nächsten, dritten Sitzung ging es dann um die Konkretisierung und Aufarbeitung der Vorschläge, um sie anschliessend der Bundeskanzlei und der Eidgenössischen Finanzverwaltung zur Stellungnahme zu unterbreiten.

An der vierten und letzten Sitzung vom 3. April dieses Jahres setzte sich die Subkommission mit den Antworten aus der Verwaltung auseinander, wobei festgestellt werden musste, dass diese von unseren Vorschlägen wenig hielt. Gleichzeitig wurde über neue Lösungsansätze diskutiert, und schliesslich konzentrierten sich die Überlegungen in Richtung Stärkung des politischen Diskurses im öffentlichen Raum durch Erleichterung der Teilnahme der involvierten Akteure an der politischen Debatte. Das Kommissionssekretariat wurde beauftragt, die favorisierten Varianten der neuen Modelle bis zur nächsten Sitzung vorzubereiten. Diese ist auf den 3. Juli angesetzt.

Nun will die Kommissionsminderheit die Fortsetzung dieser Diskussion verhindern, indem sie beantragt, der Initiative die Fristverlängerung zu verweigern. Die Kommissionsmehrheit findet das wie gesagt unschicklich. Wenn der Sprecher der Kommissionsminderheit, der übrigens nicht einmal Mitglied der Subkommission ist, heute geltend macht, das Anliegen der Initiative sei nicht erfüllbar und die Subkommission sei nicht in der Lage, einen Vorschlag zu präsentieren, dann muss ich sagen: Das wäre dann zutreffend, wenn Sie den Fristverlängerungsantrag heute ablehnen würden.

Aus all diesen Gründen möchte ich Ihnen beantragen, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zu folgen und die Frist zu verlängern, sodass das Geschäft zu dem Ende gebracht werden kann, wie es die Kommission für richtig erachtet.

**Beck Serge** (L, VD), pour la commission: C'est un sujet sérieux et délicat dont nous avons à débattre maintenant ou, plutôt, dont nous n'avons pas à débattre, puisque c'est bel et bien non pas du fond dont il est question mais de la prorogation du délai.

En mars 2000, notre Conseil a donné suite à l'initiative parlementaire Gross Andreas qui vise à ce que, à partir d'un certain montant, les sommes dépensées pour le financement de campagnes de votation soient déclarées auprès de la Chancellerie fédérale et publiées. La commission, ou plutôt la sous-commission, puisque la CIP a délégué ces travaux à une sous-commission, a abordé ce problème sous plusieurs aspects et a recherché plusieurs pistes, tout d'abord en comparant la situation dans notre pays avec celle

existant dans d'autres pays, puis en examinant des propositions qui pouvaient conduire par exemple en direction d'une incitation fiscale, piste qui a été abandonnée après concertation avec l'Administration fédérale des finances et la Chancellerie fédérale.

La sous-commission a néanmoins poursuivi ses travaux et je crois qu'il est légitime de poursuivre cette réflexion jusqu'au bout. Elle envisage maintenant, ainsi que l'a dit Mme Aeppli tout à l'heure, de mettre en place un système qui facilite les moyens d'information au public, en contrepartie de la publication des montants dépensés.

Ma position personnelle est très claire. Je suis sur le fond contre cette proposition parce que je la juge très difficilement applicable, si ce n'est quasiment inapplicable. Il sera très difficile d'obtenir une transparence réelle.

Néanmoins, compte tenu des travaux relativement importants qui ont été menés en commission, je crois qu'il ne serait pas sérieux, pour la crédibilité de notre Parlement, de ne pas attendre les conclusions concrètes de la Commission des institutions politiques. Jouer la montre, comme la minorité de la commission vous invite à le faire, dans un domaine qui est une vraie interpellation politique, ce n'est pas logique.

C'est la raison pour laquelle, avec la commission qui a tranché par 9 voix contre 7, je vous invite à suivre sa majorité et à proroger le délai nécessaire pour élaborer un projet issu de cette initiative parlementaire.

**La présidente** (Maury Pasquier Liliane, présidente): La majorité de la commission propose de proroger jusqu'à la session d'été 2004 le délai nécessaire à l'élaboration du projet visé par cette initiative. La minorité Scherer Marcel propose au contraire de ne pas proroger le délai précité et de procéder au classement de l'initiative.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit .... 101 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit .... 84 Stimmen

02.2010

### **Petition Guerraty Wolfgang. Terminologie des Zivilstandes Pétition Guerraty Wolfgang. Terminologie d'état civil**

Bericht RK-NR 23.04.02  
Rapport CAJ-CN 23.04.02

Nationalrat/Conseil national 21.06.02

#### *Antrag der Kommission*

Die Kommission beantragt, die Petition dem Bundesrat zur Kenntnisnahme zu überweisen.

#### *Proposition de la commission*

La commission propose de transmettre la pétition au Conseil fédéral pour qu'il en prenne acte.

*Angenommen – Adopté*

02.2011

### **Petition Bolliger Bruno/Mies Stephan. Revision des Jugendstrafrechtes Pétition Bolliger Bruno/Mies Stephan. Révision du droit pénal des mineurs**

Bericht RK-NR 23.04.02  
Rapport CAJ-CN 23.04.02

Bericht RK-SR 03.05.02  
Rapport CAJ-CE 03.05.02

Ständerat/Conseil des Etats 20.06.02

Nationalrat/Conseil national 21.06.02

#### *Antrag der Kommission*

Die Kommission beantragt, von der Petition Kenntnis zu nehmen, ihr aber keine Folge zu geben.

#### *Proposition de la commission*

La commission propose de prendre acte de la pétition sans y donner suite.

*Angenommen – Adopté*

01.2014

### **Petition Stucki-Barak Irene. Fürsorgerische Freiheitsentziehung Pétition Stucki-Barak Irene. Privation de liberté à des fins d'assistance**

Bericht RK-NR 27.08.01  
Rapport CAJ-CN 27.08.01

Nationalrat/Conseil national 21.06.02

#### *Antrag der Kommission*

Die Kommission beantragt, die Petition dem Bundesrat zur Kenntnisnahme zu überweisen. Mit 10 Stimmen bei 1 Enthaltung beantragt sie, das Postulat 01.3418 zu überweisen.

#### *Proposition de la commission*

La commission propose de transmettre la pétition au Conseil fédéral pour qu'il en prenne acte. Par 10 voix et avec 1 abstention, elle propose de transmettre le postulat 01.3418.

**La présidente** (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le postulat 01.3418, «Privation de liberté à des fins d'assistance. Enquête», a déjà été transmis le 14 décembre 2001.

*Angenommen – Adopté*